

#### 4. Offizieller Arbeitsbesuch des schwedischen Staatssekretärs Lars-Ake Nilsson in Bern, 19. Oktober 1992

---

Auf Einladung von Staatssekretär Jakob Kellenberger (KE) stattete der schwedische Staatssekretär im Aussenministerium, Lars-Ake Nilsson (N.), am 19. Oktober 1992 in Bern im Rahmen der regelmässigen bilateralen Besprechungen einen offiziellen Arbeitsbesuch ab. Im Zentrum der überaus offenen und freundschaftlich geführten Gespräche standen die europäische Integration, die europäische Sicherheitsarchitektur, die Entwicklungen in Osteuropa sowie der Krieg in Jugoslawien.

##### 1. Europäische Integration

Die schweizerische Delegation skizziert einleitend kurz die Lage vor der EWR-Abstimmung. In Bezug auf die künftigen EG-Beitrittsverhandlungen macht es die Ungewissheit über die schliesslichen Zugeständnisse, die es Dänemark erlauben sollen, den Vertrag von Maastricht zu ratifizieren, schwierig, das Verhandlungsziel zu bestimmen. N. bezeichnet die Frage nach "Maastricht mit oder ohne dänische Sonderregelungen" als Hauptproblem für seine Regierung. Schweden akzeptiere zwar Maastricht in seiner heutigen Form, verkenne aber nicht, dass das dänische Volks-Nein einen grossen Einfluss auf die öffentliche schwedische Meinung ausübe (Spillover") und dass dänische Ausnahmen die spätere Volksabstimmung schwer belasten würden, sofern in den Beitrittsverhandlungen nicht ähnliche Resultate erreicht worden seien. Sollte auch Norwegen auf Ausnahmen im dänischen Sinne bestehen, müsse wohl auch Schweden in die gleiche Richtung stossen. Die ganze Unsicherheit werde das Verhandlungsklima beeinträchtigen. KE fragt sich, ob in einer ersten Phase nicht über die Punkte verhandelt werden könne, die vom Maastrichter Vertrag nicht berührt werden, um später zum eigentlichen Maastricht-Paket vorzudringen, wenn die Dinge klar sind. Im übrigen ist er der Auffassung, man müsse dänische Sonderregelungen als Teil des Maastricht-Paketes betrachten und diesen Standard durchsetzen. N. sieht jedoch schwerlich ein EG-Entgegenkommen in diesem Bereich.

Der zweite Hauptpunkt in dieser Diskussion betrifft den Zeitplan für die Aufnahme und den Abschluss der Verhandlungen. Beide Länder sprechen sich für einen raschen Beginn aus. KE erkennt in Delors jüngster Aussage, wonach dies bereits möglich sei, wenn die Maastricht-Ratifikation in Aussicht steht (was eine Lösung des sogenannten dänischen Problems voraussetzt) - und nicht erst nach der Ratifikation -, ein gutes Zeichen. Schweden sieht sich aus verfassungsmässigen Gründen unter Druck gesetzt. Es müssen Parlamente aus zwei verschiedenen Legislaturperioden dem Verhandlungsergebnis zustimmen. Dies bedingt für Stockholm also bereits einen Abschluss Ende 1993, damit das "alte" Parlament mit Mandatsende Herbst 1994 noch beschliessen kann. Sollte dies nicht gelingen, würde eine ganze Legislaturperiode verloren, ein Beitritt zur EG also erst 1998 möglich sein. In Bezug auf die Volksabstimmung unterstreicht N., dass ein Ja nur mit den Stimmen der Wähler der Sozialdemokratischen Partei erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang sei es ausschlaggebend, wie diese Partei sich zu den Maastricht-Fragen und zum Komplex "Dänemark" stelle. Beide Delegationen sind sich einig, dass die für 1996 vorgesehene





Regierungskonferenz - ob sie allerdings in jenem Jahr bereits stattfindet, wird von einzelnen Stimmen angesichts der Unsicherheiten der Entwicklung in Frage gestellt - im Bereich der Sicherheitspolitik und der institutionellen Reformen so wichtige Entscheide fallen wird, dass ein Beitritt bis zu diesem Zeitpunkt sehr angezeigt ist, um die Vorstellungen Berns und Stockholms gleichberechtigt einbringen zu können.

## 2. Europäische Sicherheitsarchitektur

N. bemerkt einleitend, Schweden habe ganz offiziell die Neutralität als Handlungsmaxime des Staates zugunsten der neuen/alten Formel "keine Militärallianz, eigene Verteidigung des Territoriums" aufgegeben. Dies soll dem Land erlauben, wenigstens im Kriegsfall neutral zu sein. Fast die ganze "Classe politique" und weite Teile der Öffentlichkeit scheinen diesen Kurs zu akzeptieren. Aber auch in Schweden schwingen in dieser Frage emotionale Aspekte mit. Im Lichte der Unklarheiten eines europäischen Sicherheitskonzepts der Zukunft könnten sich diese Aspekte eines Tages stärker bemerkbar machen. Schweden vertrete traditionell Ideen kollektiver Sicherheit, verfolge diese Politik aber auch aus Eigeninteresse (Unsicherheit der Entwicklungen in Russland und im Baltikum) und nicht zuletzt mit Blick auf die Haltung Finnlands. Für Schweden gehe es nicht an, dass Finnland im Sicherheitsbereich "fortschrittlichere" Haltungen vertrete. Helsinkis offene Politik gegenüber der EG und der NATO (Beobachterstatus beim Nordatlantischen Kooperationsrat), bestimmt durch das Bedürfnis nach rascher Einbindung in Sicherheitsstrukturen angesichts der unklaren Situation in Russland, habe Stockholms Verhalten mit determiniert. N. gibt offen zu, dass die neue schwedische Politik durchaus auch mit Blick auf die EG und mit der Hoffnung auf Wecken von Goodwill in Brüssel formuliert worden sei.

Beide Delegationen vertreten die Meinung, eine EG-Mitgliedschaft Schwedens und der Schweiz bedeute nicht gleichzeitig eine Mitgliedschaft bei der WEU. Es stelle sich allerdings die Frage nach der Wahl eines Beobachterstatus und nach dem Vorgehen gegenüber der NATO. KE macht darauf aufmerksam, dass gewisse Mitgliedstaaten ein paralleles Vorgehen gegenüber WEU und NATO wünschen. KE hält dafür, die Entwicklung zu beobachten, unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe nicht. N. meint zwar, eine Beobachterrolle bei der WEU sei als natürlich zu betrachten, die nunmehr unklare Haltung Dänemarks zwingt aber Schweden zu Zurückhaltung. Stockholm werde vor einer Mitgliedschaft in der EG sich darüber jedenfalls nicht mehr vernehmen lassen.

Die Zusammenarbeit mit der NATO braucht gemäss N. keine Formalisierung. Der jetzige Status mit informellen Kontakten der Botschafter in Belgien genüge vollauf. Ohnehin seien Akkreditierungen durch Nicht-Mitglieder nicht möglich. N. setzt ein Fragezeichen hinter die Zukunft des NATO-Kooperationsrates und bemerkt, dieser sei nicht für Länder wie Schweden oder die Schweiz, sondern zwecks Einbindung der osteuropäischen Länder geschaffen worden.

Bei der Beurteilung der KSZE neigt N. zur Auffassung, man komme um eine eigentliche Institutionalisierung zu nicht herum. Neben organisatorischen und finanziellen Straffungen schlägt er die Schaffung des Postens eines Generalsekretärs mit Sitz in Wien vor. Er stellt eine Duplizität zwischen Wien und dem KSZE-Büro in



Prag fest und möchte das Schwergewicht der Arbeit nach Wien verschieben. In Bezug auf das Peace-Keeping sieht N. die Schwierigkeiten bei der Operationalität sowohl im fehlenden institutionellen Rahmen als auch in der Einstimmigkeitsklausel begründet. Vor allem im Lichte der Mitgliedschaft der Zentralasiatischen Republiken mit ihren teilweise fundamentalistischen Tendenzen könne mit der jetzigen Struktur nicht effektiv gearbeitet werden. Doch sei der gegebene Rahmen sensibel und zerstörungsanfällig, weshalb in der Forderung nach einem starken KSZE-Peace-Keeping auch nicht übermarcht werden dürfe. Unabhängige KSZE-Truppen könnten ohnehin unmöglich aufgestellt werden. Wollte man aber die KSZE wirklich operationell werden lassen, sei es langfristig nicht möglich, an den jetzigen Verfahren festzuhalten. Zum Schluss gibt N. noch bekannt, welche Themen Schweden am kommenden KSZE-Rat in Stockholm unter seiner Präsidentschaft auf die Traktandenliste setzen möchte: Jugoslawien, Entwicklung in der GUS (mit besonderer Berücksichtigung der schlechten Wirtschaftslage und deren Einfluss auf die Politik), Unterstützungsprogramme für die neuen Staaten, Seminar über Minderheitenfragen. Entscheidungen sollen in folgenden Bereichen fallen: Peace-Keeping, Streitschlichtung, Verhältnis der KSZE zu anderen Organisationen, Einsetzung eines Minderheitenkommissars, Aufnahme neuer Mitglieder (Frage nach Mazedonien, Tschechei, Slowakei), Minoritätenmission ins Baltikum.

Eine gewisse weitere Institutionalisierung wird trotz Erkenntnis ihrer Nachteile auf Schweizerseite ebenfalls begrüsst, wobei N.'s Idee eines Generalsekretärs auf Skepsis stösst. Die Einschätzung wird geteilt, wonach die Arbeit der KSZE sich mehr und mehr von Prag nach Wien verlagere. Bis ein solcher "Umzug" auch formal erfolgt sei, brauche es wohl Jahre. Zum jetzigen Zeitpunkt offizielle Transferabsichten zu verkünden, sei wegen der politischen Lage in der CSFR nicht opportun. Die wichtigste Aufgabe der KSZE sei heute wohl das Peace-Keeping. Leider befinde man sich von einem durchsetzungsfähigen Instrument noch weit entfernt, und selbst bescheidene Aktionen erweisen sich als teuer. Es sei auch darauf zu achten, dass die EG nicht unbesehen weitere Missionen auf Missionen beschliesse, die dann von den übrigen KSZE-Mitgliedern mitberappt werden müssen.

### 3. Osteuropa

Im Zentrum der Diskussion steht die Entwicklung im Baltikum. N. beschreibt die grosse Sorge Stockholms über den schleppenden Abzug der russischen Truppen. Erst seit kurzem scheinen sich vermehrt Soldaten zurückzuziehen, während gleichzeitig in den zwischenstaatlichen Verhandlungen zwischen Russland einerseits und den baltischen Republiken andererseits keinerlei Erfolge zu verzeichnen sind. Den Grund für den beschleunigten Abzug sieht Schweden in der Tatsache, dass die Wohnkapazitäten für Rückkehrer in der RSFSR immer prekärer werden. Wer zu lange im Baltikum bleibt, wird zu Hause leer ausgehen. Dies habe viele Kommandanten bewogen, mit ihren Truppen die Heimreise anzutreten. Gemäss schwedischen Erkenntnissen verbleiben heute noch russische Einheiten in folgender Stärke: Estland 10'000; Lettland 30'000; Litauen 15'000. Es ist damit zu rechnen, dass Russland verlangen wird, in gewissen Basen noch längere Zeit zu bleiben. Immerhin ist die Anzahl der Soldaten im Vergleich zum Jahresbeginn auf unter die Hälfte gesunken.



5/6

Schweden ist sehr betroffen über den politischen Gang in Russland. Den Nationalisten dort dürfe kein Vorwand für irgendwelche Aktionen im Baltikum geliefert werden, weshalb Stockholm den drei Ländern permanent den Ratschlag gibt, die Minoritäten besser zu behandeln und eine flexible und generöse Politik zu verfolgen. Allgemein ist Schweden aber zufrieden mit der Entwicklung in der richtigen Richtung, welche mit grosszügiger Hilfe beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen ("Sovereignty Support") gefördert werde.

Kurz wird die Hilfe an die mittel- und osteuropäischen Staaten gestreift. N. beschreibt das schwedische Konzept, welches massiven Projekten abhold sei: Über 3 Jahre verteilt werden 3 Mia S-Kronen (ca. 700 Mio \$) in einem geographisch eng umgrenzten Gebiet eingesetzt: Baltikum, Polen, Region St. Petersburg. An die CSFR und Ungarn wird fast nichts gegeben, und das übrige "Hinterland" der RSFSR sowie alle anderen GUS-Länder gehen leer aus. Gemäss N. wäre es wünschbar, die verfügbaren Mittel noch mehr auf die baltischen Staaten zu konzentrieren, da vor allem eine Stabilität dort den schwedischen Sicherheitsinteressen am meisten dient.

#### 4. Jugoslawien

Beide Delegationen betrachten sich als vom Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien besonders betroffen. Die Schweiz beherberge mehr als 300'000 Personen aus diesem Gebiet. Eher erstaunlich ist die von N. für das geographisch doch weit entfernte Schweden genannte hohe Zahl von 100'000 Jugoslawen.

Die Beziehungen zu Rest-Jugoslawien werden von beiden Ländern pragmatisch gestaltet und de facto auf Stufe Geschäftsträger aufrechterhalten. N. informiert über den Wunsch Ministerpräsident Panics, bei einer Skandinavienreise auch in Stockholm von Premierminister Bildt empfangen zu werden. Eine nordische Konsultation darüber ist im Gange. Falls dem Ersuchen stattgegeben wird, würde Panic höchstens vom Aussenminister zu einem informellen Gespräch empfangen. Man beurteilt Panic in Stockholm trotz vieler Fragezeichen als eine Art Hoffnungsträger, dem Möglichkeiten zu Kontakten nicht verwehrt werden sollten.

Was Mazedonien betrifft, so herrscht übereinstimmend die Meinung vor, die Nichtanerkennung durch die westliche Staatengemeinschaft sei sehr unglücklich. KE fragt nach Möglichkeiten von Aktionen unserer beiden Länder, diese Sache anzupacken. Leider weiss auch N. keine Antwort. Schweden wolle sich wegen seiner EG-Kandidatur ohnehin nicht zu weit vorwagen und Griechenland provozieren.

#### 5. Besuche/Einladungen

N. lädt KE für Frühjahr 1993 zu einem Gegenbesuch nach Stockholm ein und hält eine enge Zusammenarbeit für sehr erwünscht. Gleichzeitig übermittelt er Grüsse von Aussenministerin af Ugglas an Bundesrat Felber, verbunden mit einer Einladung zu einem Besuch in Stockholm.



6/6

Kommentar: Nach den Verstimmungen im schweizerisch-schwedischen Verhältnis im Frühjahr/Sommer 1992 im Anschluss an kritische Äusserungen des schwedischen Premierministers gegen die Schweiz, scheint Schweden zum alten freundschaftlichen "business as usual" zurückgefunden zu haben und dieses mit den ausgesprochenen Einladungen unterstreichen zu wollen.

p.B. 15.21.Su.-JE/MM

ABSENDER/EXPEDITEUR: Pol. Abt. I

amstockh ambassade stockholm -f-

\*\*\*

((((  
amstockh  
.berneda

pour ambassade stockholm

bern 28.10.1992 10:44

37-hhhh  
Telefax, Anzahl Seiten inkl. Deckblatt: 6

Von: Politische Abteilung I  
An: Schweizerische Botschaft Stockholm

W O C H E N T E L E X 26.10.92 / M I N I S T E R B E S U C H E

In der Beilage erhalten Sie zur Vorausinformation den Teil II des Wochentelex mit dem Bericht ueber den Besuch Nilsson. Aus dem allerletzten Absatz ersehen Sie, dass Frau af Ugglas Herrn Felber fuer 1993 zu einem Besuch nach Stockholm eingeladen hat. Herr Felber hat diese Einladung akzeptiert, der Zeitpunkt wird spaeter festgelegt. Botschafter Ewerloef wurde bereits in diesem Sinne orientiert. Mit dieser Entwicklung ist auch Ihr Fax-Brief Nr. 98 vom 5. Juni 1992 beantwortet. Mit freundlichen Gruessen. E. Jenni.  
)))

\*\*\* ORIGINAL an: D

Kopie an:

affetra

Kopie: KE, SIN, JE

1118 ZEICHEN/CARACTERES  
ani